

LEITARTIKEL  
von  
Dirk Breyvogel

„Auch das Schiedsrichterwesen braucht eine starke Lobby. Eine, die immer wieder die Undankbarkeit dieses Jobs betont.“

## Nie wieder „schwarze Sau“

Ey, Schiri, bist du blind? Das sind noch die harmloseren Kraftausdrücke, die sich Schiedsrichter und ihre Assistenten auf den Fußballplätzen von Kreis- bis Bundesliga jedes Wochenende anhören müssen.

In Hannover ist am Wochenende die Gewalt gegen Schiedsrichter eskaliert. In einer Partie in der C-Jugend wurde ein 18-Jähriger zusammengeschlagen. Bis zu zwölf Spieler sollen auf den Unparteiischen eingeschlagen und eingetreten haben – angeheizt offenbar von einem Betreuer. Der junge Mann erlitt Gesichtsverletzungen und liegt im Krankenhaus.

Diese Attacken sind zutiefst unanständig. Sie werden sich aber wiederholen, wenn Schiedsrichter weiter in dieser Form öffentlich hinterfragt werden. Wenn über die Person des Schiedsrichters immer nur gesprochen wird, wenn etwas falsch gelaufen ist.

Ein nicht gegebener Elfmeter, ein gegebenes Abseitstor: Schon muss sich die Schiedsrichtergilde wieder rechtfertigen. Die gefühlte Dauer-Schelte prägt auch das

Verhalten der Zuschauer bis in die unteren Ligen.

Wenn Fußballer von Zuschauern rassistisch beleidigt werden, startet die Fifa eine millionenschwere Kampagne. Dann kommen sie alle, die Ronaldos und Messis, um in ihrer Sprache „Respekt“ zu verlangen. Diese Botschaft richtet sich dann an die Jugend der Welt. Sie sollen es einmal besser machen als manch ein grunzender Hohlkopf im Stadion, dessen Horizont bis zur nächsten Bierbude reicht, also diejenigen, die Menschen mit Affenlauten belägen und trotzdem jubeln, wenn der afrikanische Stürmer den Klub zum Klassenerhalt schießt.

Auch die Schiedsrichter brauchen eine starke Lobby. Und eine Kampagne, die zugleich die Bedeutung und die Undankbarkeit dieses Jobs betont. Nur die Trikotfarbe des Schiedsrichters zu ändern, um ihn vor Beleidigungen wie „schwarze Sau“ zu schützen, reicht nicht aus. Es muss klar sein: Wer den Mann an der Pfeife Woche für Woche in Frage stellt, hinterfragt den Fußball an sich.



Karikatur: Jürgen Tomicek

### Keine großen Sprünge

#### BLICK NACH BERLIN

Christian Kerl zur CSU, die bei Sprachvorgaben für Zuwanderer zurückrudert



„Die Geduld mit dem Koalitionspartner geht bei den Spitzen von CDU und SPD zu Ende. Zu offensichtlich ist, dass die Christsozialen beim Versuch der Provokation kaum noch Tabus kennen.“

## CSU schwächt Deutsch-Vorgabe für Zuwanderer ab

Die CSU hat mit ihrer Forderung, Zuwanderer sollten daheim Deutsch sprechen, tagelang für Aufsehen und lautstarken Protest gesorgt. Gestern ruderte die CSU-Führung zurück. Um klarzustellen, dass der Vorstoß auf Motivation zielt und nicht auf Zwang, formulierte der Vorstand den Leitanspruch für den Parteitag am kommenden Wochenende um: „Wer dauerhaft hier leben will, soll motiviert werden, im täglichen Leben deutsch zu sprechen“, wird es nun heißen. Der ursprüngliche Antrag hatte dagegen gefordert, Zuwanderer sollten dazu „angehalten“ werden, im öffentlichen Raum „und in der Familie deutsch zu sprechen.“ Dass diese Formulierung mindestens missverständlich sei, räumten CSU-Spitzenleute nach längerem Zögern immerhin ein. Kanzlerin Angela Merkel erklärte, es sei kein Fehler, wenn

Kinder zweisprachig aufwachsen würden – auch wenn gute Deutschkenntnisse zur Integration gehörten. Und SPD-Chef Sigmar Gabriel attestierte der CSU „politische Verwirrtheit“.

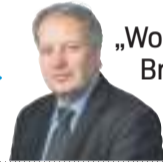
Die Geduld mit dem Koalitionspartner geht bei den Spitzen von CDU und SPD zu Ende. Zu offensichtlich ist, dass die Christsozialen beim Versuch der Provokation kaum noch Tabus kennen: Die CSU ist wieder mal verunsichert, vor ihrem Parteitag am Wochenende kämpft sie gegen den Bedeutungsverlust in der Großen Koalition und mehr noch gegen die zunehmende Konkurrenz der rechtspopulistischen AfD. Vor allem auf sie zielen jetzt die Parolen, denn die AfD hat die Verunsicherung auch ausgelöst: Bei den Europawahlen im Mai war die CSU bei nur noch 40 Prozent gelandet, das schwächste Ergebnis seit Jahrzehnten – die AfD holte dagegen auf Anhieb 8,1 Prozent im

Freistaat, mehr als bundesweit. Vergeblich hatte die CSU noch versucht, Stimmung gegen Sozialmissbrauch durch EU-Einwanderer zu machen – trotzdem oder gerade deshalb droht der CSU nun die rechte Flanke weg zu brechen.

Das Desaster hat intern auch Zweifel am politischen Instinkt von CSU-Chef Horst Seehofer geweckt. Der grämt sich bereits öffentlich, 2017 werde die AfD vermutlich ein ernsthafter Mitbewerber sein, die CSU könne in Bayern unter die 40 Prozent rutschen. Seehofer will die AfD „massiv politisch bekämpfen“, fordert aber auch „Obacht, wo die AfD Positionen vertritt, die auch für unsere Anhänger wichtig sind.“ Bisher ist der Erfolg durchwachsen: Zwar steht die CSU für die Demoskopen solide dar – aber nach jüngsten Umfragen käme nun auch die AfD mit fünf Prozent in den Landtag, wo schon die Freien Wähler der CSU Konkurrenz machen. Das er-

klärt die Nervosität der CSU-Führung und ihren Versuch, den Rechtspopulisten mit allen Mitteln das Wasser abzugraben. Schon brüstet sich die AfD, sie wolle die Alternative zur CSU werden.

Das Problem mit der AfD hat auch die Schwesterpartei CDU. Aber sie geht es bisher geschickter an, versucht vor allem im Bereich der inneren Sicherheit ihr Profil behutsam, aber zielstrebig zu schärfen, ohne ihre Rhetorik zuzuspitzen. Nicht nur wegen dieser Strategiefrage ist die Kluft zwischen den Schwesterparteien derzeit erstaunlich breit, was die Lage der CSU nicht besser macht. Die großen Debatten in der Koalition gehen an den Christsozialen vorbei, sie stehen dank Seehofers Regie in Berlin nun vor allem für die Einführung der verunglückten PKW-Maut, die außer ihr keiner wirklich will.

KOMMENTAR  
von Andreas  
Schweiger

„Wolfsburg ist nun Standort der TU Braunschweig. Wer hätte das noch vor wenigen Jahren gedacht?“

## Eine Fabrik, die verbindet

Ein Standort für Spitzenforschung ist Wolfsburg schon lange. Tausende Ingenieure und Entwickler tüfteln im Auftrag des Volkswagen-Konzerns an den Autos der Zukunft. Der Forschungset des Autobauers ist internationale Spitze.

Nun erhält Wolfsburg ein hochmodernes Forschungszentrum für den Leichtbau. Das Entwickeln leichter Werkstoffe und Bauteile gilt als eine der Zukunftstechnologien für die Autoindustrie. Nur mit leichteren Komponenten lassen sich Energie und CO<sub>2</sub> einsparen.

Zwar ist VW auch an der Forschungsfabrik beteiligt – aber nicht nur. Zu den treibenden Kräften zählen die TU Braunschweig sowie acht Partner aus Wissenschaft und Wirtschaft. Allesamt

Hochkaräter. Nicht nur für Wolfsburg ist die Ansiedlung der **Open-Hybrid-Lab-Factory**, wie die Forschungsfabrik heißt, daher willkommen.

Das Entwickeln von Spitzentechnologien trägt dazu bei, die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit von VW und damit unserer Region zu gewährleisten. Eine Einrichtung wie die **Open-Hybrid-Lab-Factory** wird wegen ihres hohen Anspruchs ein Werbeträger unserer Region werden. Dadurch wird sie hoffentlich an Attraktivität für hoch spezialisierte Fachkräfte gewinnen.

Ganz nebenbei, fast unbemerkt, rückt unsere Region durch das Projekt ein Stück zusammen. Wolfsburg ist nun Standort der TU Braunschweig. Wer hätte das noch vor wenigen Jahren gedacht?

#### ZITAT DES TAGES



„Die ist nicht so hurra-mäßig wie bei Napoleon – aber erfolgreicher.“

Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister, über die Führungsqualität von Kanzlerin und Parteichefin Angela Merkel.

#### IMPRESSUM

Braunschweiger Zeitung | Salzgitter Zeitung | Peiner Nachrichten | Wolfsburger Nachrichten  
Gifhorn Rundschau | Helmstedter Nachrichten | Wolfenbütteler Zeitung

Geschäftsführung: Harald Wahls (Sprecher), Manfred Braun, Thomas Ziegler

Chefredakteur: Armin Maus  
Stellvertretender Chefredakteur: Thomas Roth

Leitende Redakteure in der Chefredaktion:

Redaktionsmanagement: David Mache Politik/Niedersachsen und die Region: Harald Likus  
Reportage: Katrin Teschner Koordination Lokaldredaktionen: Luitgard Heissenberg Art Director: Erwin Klein

Verantwortliche Redakteure:

Wirtschaft: Andreas Schweiger Kultur: Martin Jasper Online: Dirk Kühn Sport: Hans-Dieter Schlawis  
Lokales Braunschweig: Henning Noske Lokales Gifhorn: Jürgen Stricker (komm.) Lokales Helmstedt: Dr. Michael Strohmann  
Lokales Peine: Thomas Stecher Lokales Salzgitter: Alexandra Ritter Lokales Wolfenbüttel: Stephanie Memmert  
Lokales Wolfsburg: Dr. Kerstin Loehr und Christoph Knoop Büro Berlin: Christian Kerl Büro Hannover: Dr. Michael Ahlers

Anzeigenleitung: Michael Heuchert (verantwortlich) Vertriebsleitung: Anne Schattner  
Verlag und Redaktion: BZV Medienhaus GmbH  
38130 Braunschweig, Postfach 80 52, Telefon: (05 31) 39 00-0  
Druck: Druckzentrum Braunschweig GmbH, Christian-Pommer-Strasse 45, 38112 Braunschweig

Anteiliges Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

Online: www.braunschweiger-zeitung.de www.salgitter-zeitung.de www.wolfsburger-nachrichten.de  
www.gifhorner-rundschau.de www.helmstedter-nachrichten.de www.peiner-nachrichten.de  
www.wolfenbuettel-zeitung.de

#### BLICK IN DIE WELT

## Der Bundestag langweilt die Bürger

Von Basil Wegener

Mehr als zwei Drittel der Bundesbürger können sich nicht an eine Bundestagsdebatte der letzten Zeit erinnern. Drei von vier Bürgern haben seit Monaten überhaupt keine Auseinandersetzung im Hohen Haus mehr verfolgt. Das sind ernüchternde Ergebnisse einer neuen Studie der Bertelsmann Stiftung. Dabei wird in diesem einzigen unmittelbar gewählten Verfassungsorgan über die Verteilung immenser Summen, Militäreinsätze und ethisch heikle Fragen entschieden – wie konnte das Parlament so gründlich aus dem Blick der Bürger geraten? Wie könnte mehr Neugierde auf die Vorgänge im Berliner Reichstagsgebäude geweckt werden?

Zur Eröffnung der ersten Sitzung des Bundestags am 7. Sep-

tember 1949 fragte Alterspräsident Paul Löbe: „Was erhofft sich das deutsche Volk von der Arbeit des Bundestags?“ Seine Antwort: eine stabile Regierung, eine gesunde Wirtschaft, eine neue soziale Ordnung. Heute scheint kaum jemand mehr grundlegende Kursbestimmungen vom Parlament zu erwarten. Die Verhältnisse sind längst geordnet. Feurige Debatten um Grundfragen scheinen ein Ding der Vergangenheit zu sein. Über Jahrzehnte war der Bundestag in Bonn Austragungsort einer Redekultur, die über Parteigrenzen und ideologische Gräben hinweg eine gemeinsame Lust am Streiten sichtbar machte. Dortige Zwischenrufe gehören zum Zitatenschatz der Republik. Legendar sind vor allem die maßgeschneiderten Beschimpfungen des langjährigen SPD-Fraktionschefs Herbert Wehner von Abgeordneten wie Jürgen Todenhöfer

(„Hodentöter“), Jürgen Wohlrahe („Übelkrähe“) oder Oscar Schneider („Ehrabschneider“). Eltern sollen damals den Fernseher abgeschaltet haben, wenn Kinder im Raum waren. Als die Union allen Linken 1975 angesichts der RAF unterstellte, zum Dunstkreis der Terroristen zu gehören, schleuderte Wehner CSU-Chef Franz-Josef Strauß den Satz entgegen: „Sie sind selber geistig Terrorist!“ Später trat Joschka Fischer Wehners Erbe an und schreckte dabei vor Kraftausdrücken nicht zurück, etwa als er 1984 den Bundestagsvizepräsidenten Richard Stücklen anpampete: „Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch.“

Der Niedergang des Zwischenrufes hatte damals längst begonnen. Aber auch die eigentlichen Reden haben heute oft eher den Charme von verlesenen Betriebsanleitungen oder Parteiprogram-

men. Paragraph 33 der Bundestags-Geschäftsordnung gibt vor: „Die Redner sprechen grundsätzlich in freiem Vortrag.“ Aufzeichnungen können sie demnach zwar benutzen – aber alles vom Blatt abzulesen, wie dies heute bis hin zu Kanzlerin Angela Merkel (CDU) praktiziert wird, ist in dem Regelwerk nicht vorgesehen.

Der Verfall der Streitkultur ist wohl auch dem Wandel der Politik geschuldet. Weiblicher und sachlicher sei das Geschäft unter Merkel geworden, heißt es. Leidenschaftliche Diskussionen wie über die Wiederbewaffnung, die Notstandsgesetze, die Ostverträge oder den Nato-Doppelbeschluss sind Geschichte. Selbst über Megathemen wie das Ringen um den Euro oder die Energiewende werden Debatten oft eher abstrakt geführt. dpa